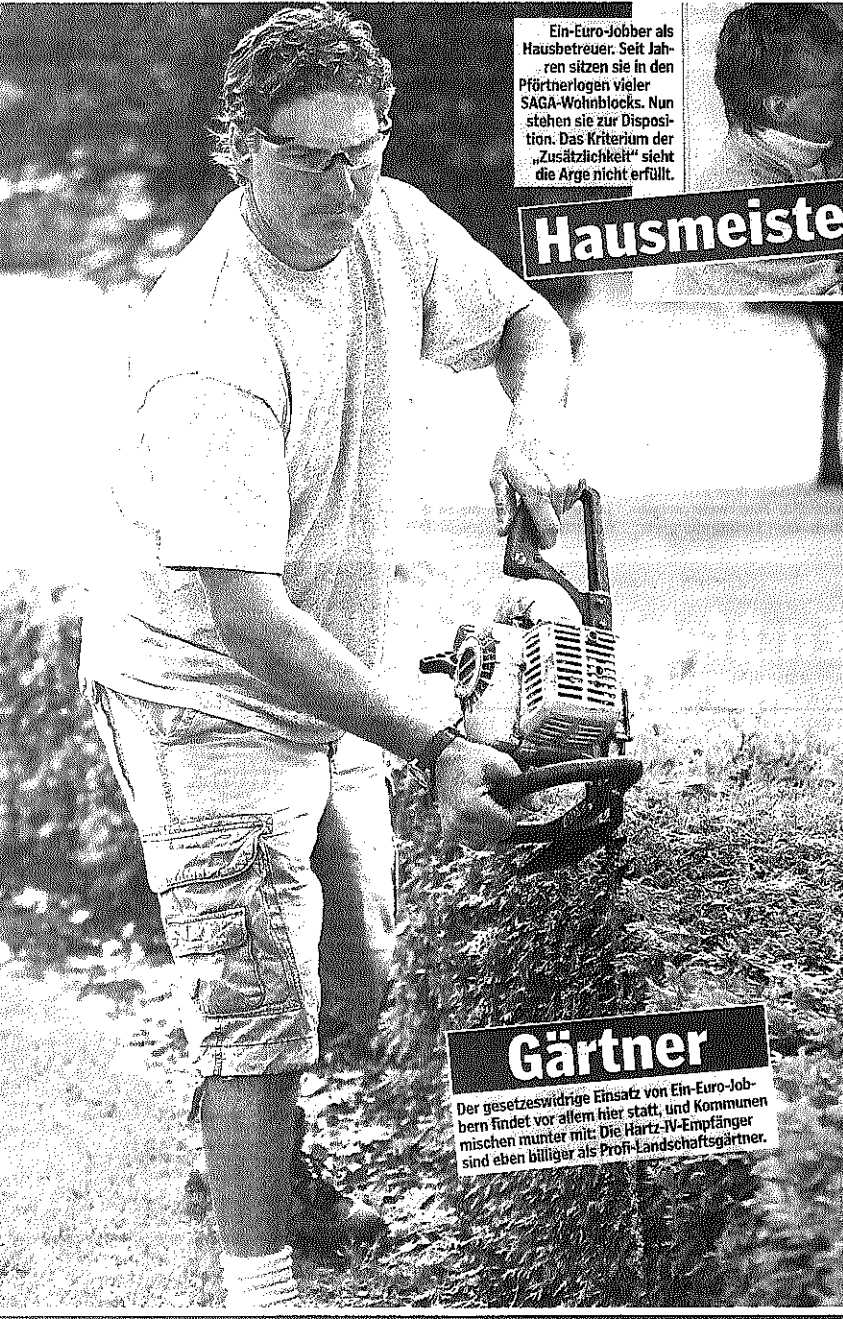
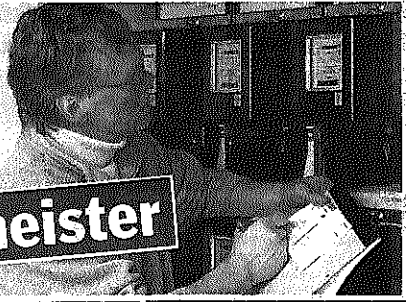


Arbeitsplatz-Killer Ein-Euro-Job



Ein-Euro-Jobber als Hausbetreuer. Seit Jahren sitzen sie in den Pförtnerlogen vieler SAGA-Wohnblocks. Nun stehen sie zur Disposition. Das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ sieht die Arge nicht erfüllt.

Hausmeister



Gärtner
Der gesetzeswidrige Einsatz von Ein-Euro-Jobbern findet vor allem hier statt, und Kommunen mischen munter mit: Die Hartz-IV-Empfänger sind eben billiger als Profi-Landschaftsgärtner.

Weil es billiger ist:

Der eine Bewerber begnügt sich mit einem Taschengeld, der andere aber verlangt den Tariflohn. Klar, dass sich der Eigentümer einer namhaften Hamburger Wohnanlage für betuchte Senioren entschied: Nicht mehr der teure Gartenbaubetrieb mäht künftig den Rasen und schneidet die Hecken, sondern der Ein-Euro-Jobber macht das. Resultat: eine Stelle weniger auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Und es ist nicht der einzige Arbeitsplatz, der so vernichtet wird. Die Kritik kommt vom Bundesrechnungshof. Die Ein-Euro-Jobs schaffen nicht, wie vorgeschrieben, zusätzliche Tätigkeiten, sondern sie verdrängen reguläre Arbeitsplätze. „In acht von zehn beanstandeten Fällen war die Tätigkeit nicht zusätzlich.“

Anne S. – eine von vielen, die unfreiwillig Arbeitsplätze vernichtet hat: Die 25-jährige Hamburgerin wurde von der Arge zum Beschäftigungsträger Passagier geschickt und hat dort für 1,40 Euro Büroarbeiten erledigt: Dazu habe die Lohnabrechnung und der Telefondienst gehört, sagt sie. „Dabei sind das doch reguläre Tätigkeiten, die auch regulär bezahlt gehören“, findet nicht nur sie. Der Höhepunkt sei gewesen, als sie aufgefordert wurde, anderen Ein-Euro-Jobbern beim Erstellen ihrer Lebensläufe zu helfen. „Das ist doch nun wirklich die Aufgabe der Betreuer, oder?“

„Zusätzlich“ und „im öffentlichen Interesse“ müssen Ein-Euro-Jobs laut Gesetz sein. Eben, damit sie keinen echten Arbeitsplatz gefährden. Das hindert aber auch Hamburgs Bezirksämter nicht daran, Hartz-IV-Empfänger mit der Pflege öffentlicher Grünanlagen zu betrauen – Aufgaben,



In vielen Hamburger Schulküchen sorgen Ein-Euro-Jobber für das warme Mittagessen. Die Gewerkschaft VdU sieht das kritisch: Eine Bedrohung für den regulären Arbeitsmarkt!

Viele Betriebe engagieren Hartz-IV-Empfänger statt Profis

die früher von Gartenbaubetrieben erledigt wurden. Die Folge ist, dass die Unternehmen in die Röhre gucken. Der Anteil öffentlicher Aufträge im Gesamtumsatz sei von 27 Prozent im Jahr 1994 auf jetzt 8 Prozent in den Keller gegangen, wie Michael Marretbösen, Geschäftsführer des

scher Brunnenhäuschen, Wegebau, Reparatur von Zäunen und Gebäuden ... Sind das wirklich „zusätzliche“ Aufgaben oder nicht doch reguläre Jobs für qualifiziertes Personal?

Eine Strafanzeige wegen Rechtsbeugung hat sich der Bezirk Mitte eingefangen. Im

von den Linken, der die Anzeige erstattet hat: „Na, dann sollen sie Leute einstellen – aber, bitte schön, zum Tariflohn.“

Wer sich als Hartz-IV-Empfänger gegen ungesetzliche Ein-Euro-Jobs zur Wehr setzt, wird noch bestraft. Das zeigt der Fall von Susanne L. aus Stade. Bei einem Beschäftigungsträger sollte sie sich um „Budgetplanung, Wirtschaftlichkeitsberechnung, EDV und Kalkulation“ kümmern, so heißt es in der Stellenbeschreibung – Aufgaben für qualifiziertes Personal, wie sie findet. Und hinter vorgehaltener Hand hieß es, man wolle auch auf ihr Wissen als gelernte Mediengestalterin zurückgreifen und sich von ihr Werbeflyer produzieren lassen. „Nicht mit mir!“, so ihre Antwort. „Nicht für 1,30 Euro. Sollen die mich doch fest einstellen.“



Susanne L. aus Stade: Weil sie den Ein-Euro-Job verweigerte, wurde sie bestraft.

Hamburger Fachverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, beklagt.

Auf der Elbinsel Kaltehofe sind derzeit 32 Ein-Euro-Jobber dabei, Vorarbeiten für den geplanten Themenpark „Wasserkunst Kaltehofe“ zu erledigen: Sanierung histori-

März war bekannt geworden, dass dort 83 Ein-Euro-Jobber in der Grünflächenpflege beschäftigt sind. Diese Arbeiten seien deshalb „zusätzlich“, weil sie mit eigenem Personal nicht zu leisten seien, heißt es in der Begründung. Kopfschütteln bei Ronald Wilken

Die Quittung kam prompt: Weil sie sich geweigert hat, den Ein-Euro-Job anzunehmen, wurden ihr die Hartz-IV-Bezüge um ein Drittel gekürzt. OLAF WUNDER

„Der Arge fehlt der Überblick“

Gewerkschaft kritisiert: Missbrauch vor allem im Pflegebereich

Missbrauch mit Ein-Euro-Jobbern gibt es vor allem in den Bereichen Pflege von Grünflächen, Pflege alter Menschen und Gastronomie. Das sagt Roland Koljick von VdU. Hochproblematisch sei ihr Einsatz durch Garten- und Friedhofsämter.

Auch kritisch sehe er,

„team.arbeit.hamburg“: Eine Prüfergruppe suche Beschäftigungsträger unangemeldet auf und kontrolliere, ob Ein-Euro-Kräfte korrekt eingesetzt seien.

Zu den mutmaßlichen Verstößen, über die die MOPo berichtet, wollte die Arge nicht Stellung nehmen. (ow)

Nach Gewalt-Exzess in Neuwiedenthal

Wie soll sich denn der Bürger in dieser Stadt noch sicher fühlen, wenn jetzt schon bewaffnete Polizisten von einer Horde Halbwüchsiger auf offener Straße verprügelt werden?

J. Carstensen, Hummelbüttel

Der Mob regiert nachts ohnehin schon in Harburg und Seevetal. Man traut sich, wenn die Sonne untergegangen ist, kaum noch auf die Straße, geschweige denn mit der S-Bahn nach Neuwiedenthal. Demnächst macht unser Bürgermeister auf die Idee, noch ein paar Polizisten einzusparen.

Thomas Krause, Seevetal

Auch ich möchte etwas zur aktuellen Debatte beitragen. Seit fast 19 Jahren bin ich Angehöriger der Hamburger Polizei, und in all meinen Dienstjahren habe ich es nicht erlebt, dass die eskalierende Seite meine Kolleginnen und Kollegen waren. Wir haben kein Interesse an Gewalt! Aber leider

Folgen Sie uns im Internet

Facebook: www.facebook.com/hamburgern

Twitter: www.twitter.com/mopo

Altstadt Public Viewing zur Wahl

Fußball wird heute zur Nebensache. Denn wenn um 12 Uhr der neue Bundespräsident gewählt wird, findet auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz ein Public Viewing zur Wahl statt. Ab 11.40 Uhr startet die Liveübertragung der Bundesversammlung. Eine spannende Wahl steht an: Wird Christian Wulff oder Joachim Gauck das neue Staatsoberhaupt? (pin)

Hochbahn mit Fahrgast-Rek

Die Hochbahn hat steigender Lust von 58,4 Millionen letztendlich der Steuer muss. Hamburg i kann die Kosten r nicht stemmen. I tung: Um das Volk i nimmt die Hochba gen Kredit für die ! den sie nicht bedie die Verluste trägt der Steuerzahler, ei genwischere!

Tierquäler durchbohren

Was gibt es nur fi Wenn man sich wischt, sollten sie Leid wie ihr Opfer fach nur grausam lisch. Ich bin echt g

IRIN

Erstmalig in H
Großer Irina Mo
OUTLET vom 1.
im Toom-Markt
in der Max-Brä
Bei uns finden Sie
Schmuck und modisch
bis zu 70% her
Wir sind für Sie vo
von 8.00-20.00 U

FURTEN-SCHATZ
Frauen telefonieren
0800-777